

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Grüne und CDU fahren Schulen an die Wand

Sitzmann schickt 9.000 Lehrkräfte in unbezahlte Sommerferien

Überall im Kreis haben die Anmeldungen an die weiterführenden Schulen stattgefunden.

In Tübingen haben sich fast 200 Kinder an eine der drei Gemeinschaftsschulen angemeldet, die eine dreizügige gemeinsame Oberstufe bilden können. In Rottenburg wird das Eugen-Bolz-Gymnasium wieder vierzünftig sein, Paul-Klee-Gymnasium und Gemeinschaftsschule im Gäu (Ergenzingen) sind dreizünftig. Jedoch benachteiligt das Kultusministerium weiterhin die Gemeinschaftsschulen (GMS), indem es Lehrkräfte nicht wie versprochen an Gemeinschaftsschulen einsetzt, obwohl sich diese fortgebildet haben. Unterrichtsausfall vorprogrammiert!

Dies wird verstärkt durch die Hire-and-fire-Politik der Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne), die 5.000 Referendare und 4.000 angestellte Lehrkräfte in unbezahlte Sommerferien schicken will, wie GEW-Kreisvorsitzender Mathias Dewald scharf kritisierte.

Unterrichtsausfall „hausgemacht“

Jens Hoeksma will zusammen mit der „Arbeitsgemeinschaft der Elternvertre-

tungen der Gymnasien“ im Regierungsbezirk Stuttgart (Arge) die Landesregierung verklagen: Am Freiburger Gymnasium seines Sohnes fallen im Durchschnitt elf Prozent der Stunden aus, in einzelnen Fächern sogar ein Viertel aller Stunden. Dies verstößt gegen das Recht auf Bildung und den Gleichheitsgrundsatz bei Prüfungen.

Freiburg ist kein Einzelfall

Seit Jahren beschönigt das Kultusministerium den hohen Unterrichtsausfall an Schulen. Mal begegnet es der Elternkritik mit „Stichproben“, jetzt sei der Lehrermangel Schuld. Letztlich musste Kultusministerin Eisenmann zugestehen, dass das Problem „hausgemacht“ ist, weil das Ministerium seit Jahren von falschen Schülerzahlen ausgeht. Doch wer geglaubt hat, die Landesregierung hätte

daraus gelernt, wird eines Besseren belehrt.

Die neueste „Modellrechnung zum Lehrerberarf 2020 bis 2030“ berücksichtigt zwar erstmals pädagogische Reformen (Ausbau Ganztagesunterricht, Ethikunterricht) und den höheren Lehrerberarf wegen Pensionierungen. Aber die 10.600 zusätzlichen Stellen beruhen auf Bevölkerungsprognosen bis 2014, d.h. vor dem aktuellen Anstieg der Geburtenzahlen und der Zuwanderung durch Geflüchtete! Das ist fatal.

Der neue Sozialbericht für den Landkreis Tübingen stellt für die Entwicklung der Kinderzahlen im Zeitraum 2010-2017 fest:

„Die Zahl der Kinder unter drei Jahren stieg in diesem Zeitraum um 18,5% auf 6.791 Kinder stark an. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter von drei bis unter sechs Jahren stieg um 5,6% auf 6.138 Kinder an.“ (...)

>>>

**Gute
Schule
für alle.
Gut
finanziert!
DIE LINKE.**

Lesen Sie weiter: Feuer in Stuttgart 21-Tunnel Seite 3

Nach uns die Sintflut Seite 5

Im Schänzle: Alter Graben zu, neuer Graben auf Seite 7

Deutscher Goldschatz wächst Seite 10

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

In Baden-Württemberg lebten am Jahresende 2017 insgesamt 1,86 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, dies entspricht 17% der Bevölkerung.“ (Seite 26) Mit den alten Bevölkerungszahlen ist der nächste Unterrichtsausfall schon vorprogrammiert!

Falsche Stellenpolitik

In allen Schularten fehlen landesweit über 500 Lehrkräfte, auch weil die Krankheitsreserve viel zu gering ist und schon bei Schuljahrsbeginn „aufgebraucht“ ist.

500 Hauptschullehrer, die sich durch Fortbildungen für eine Gemeinschaftsschule qualifiziert haben, werden nicht befördert, weil Finanzministerin Sitzmann (Grüne) ihnen das Geld verweigert. Für GEW-Vorsitzende Doro Moritz eine weitere Benachteiligung der Gemeinschaftsschulen (GMS). Obwohl sie die Lernenden auf die Oberstufe vorbereiten müssen, gibt es von den 306 GMS im Land nur zwei, die die Erlaubnis für eine gymnasiale Oberstufe (Konstanz, Tübingen) haben!

An der PH Karlsruhe, an der GrundschullehrerInnen ausgebildet werden, gab es über 2.000 Bewerbungen – für 230 Studienplätze! Dabei müssen in den nächsten 14 Jahren etwa 40.000 Lehrerstellen neu besetzt werden, besonders an Grundschulen. Hier zeigt sich der Niedergang der Unterrichtsqualität direkt an den SchülerInnen: Jeder fünfte erfüllt die Mindestanforderungen der Rechtschreibung nicht, jeder sechste im Lesen und jeder siebte nicht im Rechnen.

Da durch die vielen Bildungsreformen die Anforderungen an Lehrkräfte und

Schulleitungen höher werden, sinkt die Zahl der Bewerbungen: 203 Schulleitungen sind aktuell nicht besetzt, davon 132 an Grundschulen. Noch immer werden trotz erhöhter Anforderungen eine bessere Bezahlung und neue Funktionsstellen zur Entlastung abgelehnt. So kommt auch die Ganztagesbetreuung an Grundschulen, gerade für benachteiligte Kinder wesentlich, nur im „Schneckentempo“ voran. Dies beklagt der Beauftragte des Städtetags im Ländle, Norbert Brugger: „Wir investierten eine Menge Zeit in unsinnige Bürokratie und unsägliche Abrechnerei von Kleinbeträgen.“ Nur 470 der 2.400 Grundschulen bieten überhaupt Ganztagsbetreuung an. Die Kosten für den Ausbau der Nachmittagsbetreuung wollen die Grünen in der Regierung jetzt auf die Kommunen abwälzen, so ihr Fraktionschef Andreas Schwarz. Der grüne Regierungschef Kretschmann blockierte gleich Eisenmanns Forderung nach mehr Lehrerstellen mit der Schuldenbremse. Dies löste bei Carsten Rees, Vorsitzender des Landeselternbeirats, „blankes Entsetzen und völliges Unverständnis“ aus.

Elitegymnasium und Privatschulen

Neben dem Unterrichtsausfall und den fehlenden Ausbildungsplätzen für Lehrkräfte gibt es im Ländle einen riesigen Investitionsrückstand bei Schulen, so der Gemeindetag Baden-Württemberg - wesentlich höher als die fehlenden Mittel für Verkehr und Infrastruktur. Doch die Landesregierung investiert 2019 nicht einmal ein Prozent dieser Summe in Schulen, nur ganze 304,6 Mio. Euro. Es ist kein Wunder, dass immer mehr (wohlbetuchte) Eltern ihre Kinder auf eine Privatschule schicken. Die Zahl

der SchülerInnen an Privatschulen im Ländle hat von 77.800 (2000/01) auf 106.800 enorm zugenommen.

Die Finanzverteilung offenbart die geheime Bildungspolitik von Grün-Schwarz. **Die Landesregierung vernachlässigt die öffentlichen Schulen, verhätschelt die privaten und betreibt eine drastische Auslese zwecks Elitebildung.**

So erhält der Bau eines Elite-Internats in Bad Saulgau 80 Mio. Euro für ein „MINT-Exzellenzgymnasium“ des Landes. MINT steht für die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. In Eisenmanns „Leuchtturmprojekt“ werden 192 SchülerInnen der Klassenstufen 10-12 (Klassenteiler: 16) mit Praktika in der Industrie und im Cyber Valley vorbereitet. Das pädagogische Konzept wurde von Südwestmetall, den Firmen Mahle und Aesculap und den Unis Tübingen und Ulm ausgearbeitet. Kretschmann strebt damit Spitzenleistungen im internationalen Wettbewerb an.

Diesen falschen Prioritäten muss eine echte Bildungsreform entgegengesetzt werden: Drastische Aufstockung der Investitionen in öffentliche Schulen, Ausbau der Studienplätze, Erhöhung der Lehrerreserve und gebührenfreie Bildung für alle von der Kita bis zur Uni!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg



STICHTAG 26. Mai

SIE HABEN DIE WAHL.

Kommunalwahlen und Europawahl
in Baden-Württemberg

Je stärker

DIE LINKE.

desto sozialer Rottenburg und Europa!

Feuer in Stuttgart 21-Tunnel

Der international renommierte Brandschutzexperte Hans-Joachim Keim sagte einmal, Stuttgart 21 ist nicht nur ein Staatsverbrechen, sondern hat das Potenzial, Europas größtes Krematorium zu werden!

Schon bald zeigte sich, dass ein solches Szenario nicht nur graue Theorie ist. Am 17. Oktober 2018 brannte der ICE 511 bei Montabaur zwischen Köln und Frankfurt lichterloh auf offener Strecke (wir berichteten).

Nur der Geistesgegenwart des Zugführers ist es zu verdanken, dass der Zug gerade noch außerhalb eines Tunnels zum Stehen kam, denn die Folgen wären sonst unabsehbar. Doch nun hat es am 10. April auch in einem S21-Tunnel bei Wangen gebrannt, wobei es zwar „nur“ eine Betonspritzmaschine war, die Feuer fing und kein ICE-Triebkopf, aber das unfertige Stuttgart 21 hat sozusagen schon einmal eine „Feuertaufe“ erlebt, sechs Jahre vor Fertigstellung und Inbetriebnahme.

Die Frage stellt sich, wie eine solche Maschine überhaupt in Brand geraten sein kann. Hydrauliköl und Dieselmotorkraftstoff haben, im Gegensatz zu Benzin, Zündtemperaturen von weit über 200 °C, eine achtlos weggeworfene Zigarette oder ein Kurzschlussfunke reichen dafür nicht aus. Da muss also schon etwas Größeres passiert sein.

Die wirkliche Ursache werden wir wohl nie erfahren. Warum war die Rettungswache der Tunnelbau-Unternehmen nicht sogleich zur Stelle, um den Brand schon in der Entstehung zu bekämpfen? Stattdessen entwickelte sich ein Großbrand, der den ganzen Tunnel stark verraucht hatte. Der Brandrauch zog durch die rund fünf Kilometer lange Tunnelröhre Richtung Innenstadt und trat aus der 40 Meter höher liegenden Rettungszufahrt am Wagenburg-Portal aus. Glücklicherweise konnten sich die 40 im Tunnel befindlichen Arbeiter unverletzt in Sicherheit bringen.

Die Stuttgarter Berufsfeuerwehr war mit mehreren Löschzügen und 60 Einsatzkräften angerückt. Mit schwerem Atemschutzgerät und unterstützt von der Rettungswehr der Arge Tunnelbau konnte sie den Brand nach sechs Stunden endlich unter Kontrolle bringen.

Die Bedingungen waren hierbei erheblich erschwert, denn dieser Tunnelabschnitt liegt im Anhydrit, hier darf also kein Wasser eingesetzt werden und auch kein Löschschaum, der ja ebenfalls Wasser enthält. Bei Zutritt von Wasser quillt Anhydrit auf, hebt den Tunnel an und zerdrückt ihn. Allerdings ist die städti-



sche Feuerwehr während der Bauzeit nur für die ersten 200 m Tunnel zuständig. Als sie zum Brand ausrückte, konnte sie jedoch wegen der starken Verrauchung zunächst nicht zur Brandstelle im Tunnel vordringen.

Bei der Berichterstattung wird das Wort „Anhydrit“ sorgsam vermieden, denn die Bürger sollen gar nicht erst auf den Gedanken kommen, der Tunnel wäre durch aufquellenden Anhydrit gefährdet, sonst könnte der öffentliche Druck womöglich zu groß werden, um Stuttgart 21 doch noch zu kippen.

Obleich das Brandereignis heftig war, wird es im Nachhinein von offizieller Seite heruntergespielt und kleingeredet. Der stellvertretende Branddirektor Markus Heber vergleicht das mit einem „Pkw-Brand“, den zu löschen man aber keine 60 Mann und keine sechs Stunden benötigt. Erst recht spielt das der Pressesprecher der DB Jörg Hamann herunter, der unverfroren behauptet, dass ein Brand auf einer Baustelle doch nichts Außergewöhnliches sei. Unter Betrieb würden völlig andere Bedingungen gelten als in der Bauphase. Der Bericht der Feuerwehr sagt etwas anderes. **Sechs Stunden harte Löscharbeit mit 60 Mann kann nicht als „unaufgeregtes Ereignis“ schöngeredet werden.**

Hamann will damit sagen: „Bei Stuttgart 21 kann so etwas nicht geschehen, die Züge brennen ja nicht wie diese Baumaschine. Ein Brand im Tiefbahnhof oder im S21-Tunnel ist auszuschließen.“ Tatsächlich aber hat dieses Brandereignis für jedermann die hohe

Gefahrenträchtigkeit des Vorhabens Stuttgart 21 sichtbar werden lassen.

Ein ICE führt 3.000 Liter Trafo-Öl im Triebkopf mit sich, das ist die zehnfache Menge dessen, was die abgebrannte Betonspritzmaschine an Hydrauliköl enthielt. Was eine solch hohe Brandlast im Ereignisfall bedeutet, hat der bereits

oben erwähnte ICE-Brand bei Montabaur eindringlich gezeigt: zwei vollständig bis auf das Traggestell ausgebrannte Wagen.

Der Bauleiter der DB hatte noch in der Brandnacht verkündet, der Tunnelbau werde am nächsten Tag planmäßig weitergehen, durch den Brand seien keine Schäden am Tunnel entstanden. Kaum zu glauben bei dem Feuer mit dieser Rauchentwicklung, dass die Tunneldecke unbeschädigt geblieben sein sollte und nun nicht erst einmal Schäden am Bauwerk beseitigt werden müssen, was die Baukosten weiter erhöht und den Bauzeitverzug weiter vergrößert.

Nach dem Brand hat das Aktionsbündnis gegen S21 in einem Schreiben an die Verantwortlichen der Stadt Stuttgart appelliert, sich endlich ihrer Verantwortung für die extremen Brandrisiken des Projekts zu stellen, nachdem dieses erst im November 2018 den Gemeinderäten, dem Brandschutzbeauftragten und OB Kuhn ein Brandschutzgutachten mit desaströsen Ergebnissen übergeben hatte. Darin heißt es, das Brandschutzkonzept für Stuttgart 21 ist nicht genehmigungsfähig. Im Vergleich mit anderen Bahntunneln weist Stuttgart 21 die mit Abstand niedrigsten Brandschutzstandards auf. Die zugesagten Antworten stehen seit fünf Monaten aus.

Ein solches Brandrisiko ist nur durch das Alternativprojekt „Umstieg 21“ mit Erhalt des oberirdischen und deshalb auch im Brandfall ungefährlichen Kopfbahnhofes zu verhindern, weshalb wir auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Vom Umgang mit Geflüchteten

Liste der Auffälligen - Asyltourismus - Bleibeperspektive

Wie 49 andere Städte hatte sich Rottenburgs Gemeinderat im Januar zum „Sicheren Hafen“ für die Geflüchteten erklärt, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden. Es ging damals um 186 Geflüchtete auf einem Schiff, das wochenlang auf dem Mittelmeer umherirrte, weil es entgegen aller internationalen Abkommen in keinen Hafen einfahren durfte.

Laut EU-Abkommen „Dublin III“ muss sich ein Geflüchteter dort registrieren lassen, wo er zuerst europäischen Boden betritt. Das ist häufig in Griechenland, Italien oder der Türkei der Fall. Deutschland, das keine Mittelmeerküste besitzt, ist da fein raus und schickt Geflüchtete in diese Länder zurück.

Erst als es sich bereit erklärte, einige der Geflüchteten aufzunehmen, durfte das Schiff in einem spanischen Hafen anlegen.

Doch bis heute ist der Großteil dieser Flüchtlinge immer noch nicht in Deutschland, weil Bundesinnenminister Seehofer in dieser humanitären Aktion einen Anreiz zur Flucht und zur Unterstützung von Schlepperbanden sieht.

Was unterscheidet Boris Palmers „Liste der Auffälligen“, Seehofers „Totales-Entrechtungs-Gesetz“ und Andreas Scheuers „Asyltourismus“ von der Hetze der AfD?

Palmer will mit Billigung von Winfried Kretschmann in Tübingen eine „Liste der Auffälligen“ anlegen und „integrationsunwillige“ Geflüchtete in

der Anschlussunterbringung Europastraße unterbringen. Das ist Stigmatisierung pur, wie mehrere Flüchtlingshelfer-Organisationen in Tübingen kritisierten. Denn für straffällige Personen sind bei uns – unabhängig von Hautfarbe und Herkunft – die Gerichte zuständig und niemand sonst!

Gute Initiative des Kolping- Bildungszentrums Rottenburg

Ganz anders reagiert das Kolping-Werk. Es sieht in

Geflüchteten eine große Chance für unsere Gesellschaft. Geschäftsführerin Anja Stotz berichtete bei der Eröffnung einer neuen Altenpflegeschule in Rottenburgs Siebenlindenstraße, dass in Stuttgart im letzten Jahr 350 Auszubildende an den Kursen teilnahmen, 2019 werden über 400 erwartet und in unseren Pflegeheimen dringend gebraucht, denn der Anteil von Menschen über 65 Jahren wird in den nächsten Jahren um fast 50 Prozent zunehmen und ein großer Teil von ihnen wird

Hilfe benötigen. In ihrer fünfjährigen Ausbildung erhalten die künftigen Altenpfleger in den ersten zwei Jahren 80

Strobls klägliches Scheitern

Monatelang hatte Innenminister Strobl (CDU) nächtliche Abschiebeaktionen von Geflüchteten aus Betrieben, Schu-

**Nächstenliebe.
Solidarität. DIE LINKE.
Gerechtigkeit.**

len und Wohnheimen durchführen lassen und sich den Zorn vieler Unternehmer zugezogen. Massiv hatte er die Wirtschaft geschädigt, die die gut integrierten Beschäftigten brauchte.

Jetzt musste Strobl im März klein begeben und eine „Bleibeperspektive für gut integrierte Geduldete in Arbeit“ erlassen. Voraussetzungen sind, dass die Betroffenen seit 12 Monaten geduldet sind, seit 18 Monaten eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben und ihren Lebensunterhalt bestreiten. Immerhin ein kleiner Schritt aufgrund des großen Drucks von Unternehmen und Hilfsorganisationen. Humanität und Solidarität sind stärker als die behauptete Angst von blonden Professorentöchter „vor dem schwarzen Mann“.

„Global denken – lokal handeln“ heißt:

DIE LINKE wird sich allen Diffamierungen von Geflüchteten entgegenstellen und Betriebe, Einrichtungen und Einzelpersonen unterstützen, die Geflüchteten bei der Integration, der Ausbildung und Arbeitssuche helfen.

Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Geflüchteten!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



**Flüchtlinge
schützen,
nicht ertrinken
lassen!**

DIE LINKE.

www.hier-und-in-europa.de



**Gegen geistige
Brandstifter!**

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Prozent der üblichen Vergütung, danach den tariflichen Lohn.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Nach uns die Sintflut

Jetzt nicht kleckern - klotzen!

Es gab im vergangenen Jahr mit dem erfolgreich durchgeführten Bürgerentscheid gegen ein neues Gewerbegebiet „Galgenfeld“ einen in Rottenburg beispiellosen kommunalpolitischen Triumph gegen die Wachstumsideologen aller Couleur. Es war und ist dies eine knallharte Ohrfeige nicht zuletzt gegen die Verwaltungsspitze, die sich als Triumvirat mit ihren haltlosen Plänen für rücksichtslose und perspektivlose Naturzerstörung nicht durchsetzen konnte - und das durchgehend in Kernstadt und Teilorten bei rund 70%.

Ich persönlich habe diese Sternstunde der Vernunft und des wachen Bürger sinns von Herzen genossen und habe mich viele Tage über das Ergebnis gefreut – auch heute noch. Doch die Meister des ungezügelter Wachstums, so will es augenblicklich scheinen, haben kaum etwas hinzugelernt. Schon wieder züngeln sie nach alternativen Gewerbeflächen und legen ihre Luntten ganz unverhohlen am Baisinger Flugfeld aus. Auch dort könnte man Gewerbe und Fabriken hinklotzen, so träumen sie.

Und ich erinnere mich nicht ohne Beschämung an einen Bericht in der *Rottenburger Post* (9. Oktober 2018), in dem ein hochrangiges und hochdekoriertes Rottenburger SPD-Mitglied im Kontext der erhofften Gewerbe-Expansion vom „kleineren Übel“ sprach. Ja, geht's noch? Sind wir so weit gesunken, dass wir nur noch nach uns die Sintflut brüllen und den Enkeln die Müllhalden eines kollabierenden Planeten hinterlassen?

Gleichzeitig erklingen die Schalmeien: Wir lassen uns als Fair-Trade-Stadt feiern, kaufen gesunde Bananen und Gewürze in der Öko-Mall am Metzelpfad, heimsen Siegel um Siegel ein, die uns die Konformität der Kommune mit der Umwelt als politisches Werbegeschenk externer Seilschaften vorgaukeln. Da steckt jede Menge Selbstbetrug und Selbsttäuschung dahinter, wenn man des Abends in den Spiegel schaut.

OB Neher beschimpft die Oft-Flieger und Millionen Kreuzfahrer auf den Weltmeeren und vergisst dabei sein eigenes Tun und Lassen und hofiert den Rückwärtsgang der kommunalen Lemminge vor Ort - die Kreissparkasse am Marktplatz und das Schänzle lassen grüßen.

Bei den Rottenburger Grünen sind indessen in den letzten Monaten seltsame Entwicklungen zu beobachten. Im Zusammenhang mit dem Bürgerentscheid waren sie zwar nicht für die gesamte Umwidmung des Galgenfelds zum Gewerbegebiet, konnten sich aber ein naturnahes Notopfer südlich der Bahnlinie bei Kiebingen durchaus vorstellen. Leise, ganz leise wollte man da schon mal 5,4 ha für den Gewerbefortschritt unbesehen opfern. Daraus wird nun auch nichts,

weil Bürger klüger und weitsichtiger sind als große Teile der Gewählten im Gemeinderat. Über diese grün-ökologische Inkonsistenz spricht nun niemand mehr in der Stadt, und die Grünen können darüber nur heilfroh sein. Wenigstens in Sachen Flugfeld Baisingen haben sie jetzt umgeschwenkt und mahnen den Schutz der Böden an – bravo! (*Spät kommt ihr, doch ihr kommt.* Schiller: Die Piccolomini, I,1)

Für die kommende Kommunalwahl am 26. Mai ist mir nicht bange, wenn die Bürgerschaft Zivilcourage und Wachheit beibehält, die sie am 21. Oktober 2018 bereits nachdrücklich gezeigt hat.



Es geht dabei viel weniger um Parteien oder Listen, sondern um Weitblick und gesunden Menschenverstand der Bürger, Eigenschaften, die sich allerdings nur dann durchsetzen können, wenn wir Wähler Vetterleswirtschaft und Seilschaften Paroli bieten und den demokratischen Diskurs auf Augenhöhe einfordern.

Auf diesem Feld gibt es in der Kommune allerdings noch gewaltigen Nachholbedarf.



Dr. Christian Hörburger
Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau



für den Gewerbefortschritt unbesehen opfern. Daraus wird nun auch nichts,

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

DIE LINKE.

Liste 6



Klare Kante
für
Demokratie,
Soziales und
Umwelt!

Liste 6

Ein starkes Team
für Rottenburg!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Qualitativ gute Arbeitsplätze für Rottenburg Neuer Kreissozialbericht ist aufschlussreich

„Unsere Stadt braucht dringendst wohnortnahe, familiengerechte Arbeitsplätze. Wir machen miteinander eine bedarfsgerechte Entwicklung von Gewerbestandorten.“

Leicht abgewandelt hat die Rottenburger CDU ihren Slogan für das einstmals geplante neue Gewerbegebiet Galgenfeld. Nirgendwo spricht sie davon, was für Arbeitsplätze sie eigentlich meint: Niedriglohnjobs oder qualifizierte Arbeitsplätze mit guter Bezahlung, von denen eine Familie heute auch leben kann. Und das mit gutem Grund!

Trotz der Ansiedlung vieler Firmen in Ergenzingen in den letzten Jahren sind 2011 - 2016 laut Statistischem Landesamt nur 44 neue Stellen im produzie-

renden Gewerbe entstanden. Aber bei den sonstigen Dienstleistungen (Pflege, Kitas, Schulen, Verwaltung) wurden 1.054 Stellen neu geschaffen. Erschreckend hoch ist die Zahl von 3.800 Personen im Niedriglohnsektor!

Der neue Kreissozialbericht (Feb. 2019) weist sogar nach, dass ein Viertel aller Arbeitslosen im Kreis Tübingen so wenig verdienen, dass sie Hartz IV beantragen müssen. Im Klartext: Einige Firmen zahlen so wenig Lohn, dass die Beschäftigten „Aufstocker“ sind, weil sie Hartz IV beantragen müssen, um über die Runden zu kommen:



„Im Zeitraum von 2012 bis 2017 ist die Zahl von erwerbsfähigen SGB-II-Leistungsbezieherinnen (d.h. Hartz IV) um 8% angestiegen...“.

Das ist nicht nur Lohnraub durch Firmen, sondern Betrug aus Steuergeldern. „Familiengerechte Arbeitsplätze“ müssen einen ausreichenden Lohn haben, um eine Familie ernähren und die Miete bezahlen zu können. Anstelle des CDU-Schmuhs tritt **DIE LINKE** für einen Mindestlohn von 12 Euro ein und fordert die Umwandlung von Niedriglohnjobs in tarifgebundene Bezahlung, nicht nur bei Logistikern und in Supermärkten. Wir werden der Ansiedlung neuer Betriebe mit Niedriglöhnen nicht zustimmen.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Im Schänzle: Alter Graben zu, neuer Graben auf

Gastbeitrag des AK Stadtbild

Im Schänzle werden Bäume gefällt und das unsinnige Projekt „Offenlegung des Weggentalbaches“ mit vielen Millionen Steuergeldern hat begonnen, dessen Sinn sich nicht erschließt und dessen Hintergründe im Dunkeln der Rottenburger Rathauspolitik liegen.



Man kann also nur spekulieren, denn Genaues weiß man nicht. Hatte der Oberbürgermeister 2013 die Idee, eventuell zu den vorhandenen Beachvolleyballfeldern die für Turniere notwendigen Duschen, Umkleiden und Parkplätze im Schänzle zu schaffen? Für die nötigen Flächen schütten wir den Mühlkanal zu und leiten den Weggentalbach direkt in den Neckar. Das Ganze finanzieren wir mit Mitteln des Landes zur Renaturierung des Neckars und später möglicherweise mit Mitteln für die Landesgartenschau. So war's vielleicht gedacht.

Die Einmündung des Weggentalbaches liegt seit der Aufstauung des Neckars tiefer als das Oberwasser des Wehres. Deshalb haben die Ingenieure damals den Weggentalbach in den Mühlbach geleitet, der heute mit Neckarwasser

Weggentalbaches“ hat mit dem Weggentalbach nichts zu tun. Es wird ein Totarm des Neckars angelegt mit einem neuen breiten Graben quer durchs Schänzle, an dessen Grund eine 30 cm tiefe Pfütze von Neckarwasser steht.

Diese „Offenlegung“ macht keinen Sinn. Ein Schildbürgerstreich? Aber mit Methode!

Für ein Spielplatz-Gerinne für Kinder soll aus dem neuen Totarm des Neckars hygienisch problematisches Wasser fast auf das Niveau der Gartenstraße gepumpt werden. Dies hat mit dem für Rottenburg historisch bedeutsamen Mühlkanal nichts zu tun. Der historische Mühlgraben wird 1.20 m hoch zugeschüttet. Die

Bezeichnung als „Neuer Mühlkanal“ ist wie die „Offenlegung“ eine Verhöhnepipelung des Publikums. Bei Regen anfallendes Wasser im sonst trockengefallenen Weggentalbach wird in einem Rohr unter der Aufschüttung weiterhin in das Unterwasser des Wehres geführt. Zur Flächengewinnung wird damit das letzte fließende Wasser in Rottenburg verdolt und der kärgliche Baumbestand weiter reduziert.

Der Arbeitskreis Stadtbild hat 2014 mit einer an Gemeinderäte und Stadtverwaltung verteilten Broschüre „Informationen und Vorschläge zur Renaturierung des historischen Mühlgrabens“ aufmerksam gemacht, hat zu einem Vortragsabend mit Präsentation eingeladen, zwei sehr gut besuchte Führungen durch das Schänzle organisiert und die vorgesehene Neuplanung des Geländes erläutert, hat sich bei der Planungsworkstatt der Stadt eingebracht und hat Unterschriften gesammelt: 2015 Rottenburger Bürger haben die Petition: „Bei der Neuplanung für

den Rottenburger Freizeitpark Schänzle soll der Fontänenteich sowie der Mühlkanal in voller Länge erhalten und als Fließgewässer mit einer ökologischen Uferrandzone gestaltet werden. Der alte Baumbestand des Schänzle muss erhalten bleiben.“ unterschrieben. Alles umsonst.

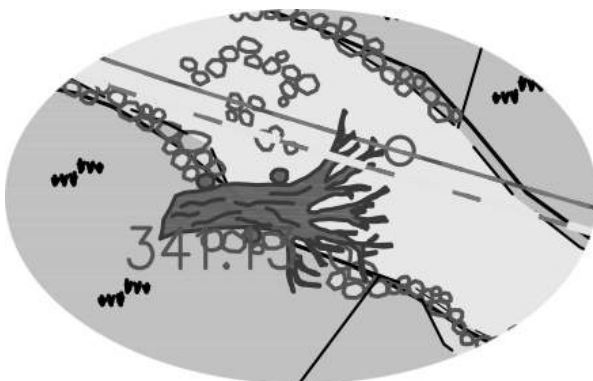
Ebenso wurde vom AK Stadtbild bei der Verwaltung, den Gemeinderäten und dem Regierungspräsidium in einer weiteren Broschüre auf die Starkregenproblematik hingewiesen, die beim Baubeschluss und der notwendig gewordenen Nachbearbeitung der Pläne immer noch nicht genügend berücksichtigt ist.

Sechs Jahre später wird der Unsinn nun durchgeführt. Die Ingenieure sind beauftragt, das Wasser bergauf fließen zu lassen. Und sie werden dies tun, koste es was es wolle. Unsere Verwaltung,



die nach der Verfassung die Beschlüsse des Gemeinderates fachkompetent vorbereiten soll, war nicht in der Lage, die Höhendifferenz zwischen Neckar und Weggentalbach anzugeben. Nur ein Gemeinderat will die Differenz wissen. Die Angabe fehlt in den Planungsunterlagen.

Welche weiteren Bauvorhaben werden diesen Rottenburger Entscheidungsprozess noch durchlaufen? Dieser jetzt begonnene erste Bauabschnitt soll (ohne eingeplane 20 – 40%ige Kostensteigerung) schon 900 000 Euro kosten. Weitere Bauabschnitte folgen und machen das Schänzle so zu einem mindestens 7 Millionenprojekt.



versorgt wird und in das Unterwasser des Wehres abfließt. Die jetzt in Angriff genommene „Offenlegung des

In letzter Minute von unserem Griechenlandkorrespondenten Peter Rütten auf Ikaria:

Rote Fahnen

Auch dieses Jahr, ihr werdet's ahnen,
Wehn auf der Insel rote Fahnen,-
Geschmückt mit Hämmerchen und Sichel -
Ein Schreckgespenst dem Deutschen Michel.

Und während ganz Europa zittert
Vor rechtem Treiben und erbittert
Beschwört den Bund der Demokraten,
Weiß man hier längst, wer uns verraten ...
Und feiert trotzig, frank und frei

Auf seine Art den Ersten Mai:
Mit Blütenkränzen, statt Kantaten
Und selbstverständlich Ziegenbraten;
Man tanzt, nach manchem vollen Glase
Im Reigenrund bis zur Ekstase,
Wohl wissend, wie demnächst man wählt
Und dass vor Ort noch immer zählt,
Auch wenn's dafür vielleicht zu spät,
Die inter-natio-na-le Soli-dari-tät.

Spendenauf

Spendenauf

Spendenauf

Für den **Massenflier** mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten und für die **Plakate** benötigen wir noch ein bisschen (viel) Schotter, Kohle, Mäuse, Piepen, wie auch immer.

Zwar unterstützt uns der Kreisverband der **LINKEN**, aber einen Teil müssen wir selbst tragen. Deshalb der dringende Aufruf an Euch zum Fundraising.

Spendet bitte an

DIE LINKE TÜBINGEN

IBAN: DE 52 6406 1854 0060 3670 08 (VR Bank Tübingen eG)

BIC: GENODES1STW

Verwendungszweck: Kommunalwahlen Rottenburg

Bitte gebt Name und Postadresse an, damit nach Ablauf des Kalenderjahres eine Bescheinigung für das Finanzamt ausgestellt werden kann.

DANKE!

Leserbrief zum sozialen Wohnungsbau - nicht nur in Rottenburg

Toll, Hermann Sambeth entdeckt für Rottenburgs CDU den sozialen Wohnungsbau! Jahrelang hat die CDU Anträge der **Linken** verhindert, genauso viel Geld für bezahlbare Wohnungen in den Haushalt einzustellen wie für Häuslebauer. Inzwischen wurde sie von der Wirklichkeit überholt und muss nun „bei der Förderung von sozialem, generationsgerechtem und barrierefreiem Wohnen“ (Sambeth) nachziehen. Jahrelang hatte sie sich geweigert, die Gewerbebrache DHL in ein Gebiet für Mietwohnungsbau umzuwidmen. Vor Weihnachten gab es dort den ersten Spatenstich für ein völlig neues Stadtquartier, sogar mit Kita.

Für die über 3.000 neuen Einwohner Rottenburgs in den nächsten Jahren wird das alles nicht reichen. Trotzdem hat sie den Antrag der Linken, mehr Geld für die städtische Wohnungsbaugesellschaft bereitzustellen, abgelehnt. Eben-

so den Antrag, 800 000 Euro mehr Gewerbesteuer einzunehmen, die wir für den Bau preiswerter Mietwohnungen dringend brauchen. Stattdessen lamentiert die CDU, dass man wegen fehlender Gelder (wieder) auf Privatinvestoren angewiesen wäre. Auch ihr Irrweg Baukindergeld führt kaum zu Neubauten, sondern geht zu 90 Prozent in bestehende Immobilien.

DIE LINKE tritt für den beschleunigten Bau preiswerter Mietwohnungen im Besitz der Stadt ein, weil dies nicht nur Mietern hilft, sondern auch städtischen Einkünften. Wien zeigt, dass kommunaler Wohnungsbau zugleich Daseinsvorsorge und eine gute Sparkasse ist! Dafür wird **DIE LINKE** auch im nächsten Gemeinderat hartnäckig eintreten.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Ausgleichsflächen sollen ausgleichen – stimmt das?

Vermüllt und zugewachsen

Anfang 2012 beschloss der Ergenzinger Ortschaftsrat, gegen die Stimmen der Bürger für Ergenzingen (BfE), den ersten Erweiterungsabschnitt im Gewerbegebiet Ergenzingen-Ost.

Das Landratsamt erhob in seiner Stellungnahme „erhebliche Bedenken“ wegen des Verbrauchs von 16,75 Hektar besten Ackerbodens. Außerdem könnten durch das Gewerbegebiet nach einem artenschutzrechtlichen Gutachten bis zu sechs Feldlerchenreviere zerstört werden. Um die Genehmigung für die Erweiterung zu erhalten, musste die Stadt Ausgleichsflächen schaffen, die von Landwirten nach speziellen Richtlinien bewirtschaftet werden sollten.

Im März diesen Jahres stellte bei der Landschaftsputzede durch Zufall heraus, dass es sich bei der total vermüllten und zugewachsene Fläche im Gewerbegebiet Ost unterhalb einer Stromtrasse um Ausgleichsflächen der Stadt handelt! Auf Nachfrage räumten die Verantwortlichen ein, dass diese Flächen seit Jahren sich selbst überlassen sind. Weiter war zu erfahren, dass es keine aktuelle Übersicht über die Ausgleichsflächen der Stadt Rottenburg gibt. Schlecht für die Feldlerche, aber ganz schlecht von der Stadtverwaltung, denn die Pflege von Ausgleichsflächen ist keine Kür, sondern im Bundes- und Landesnaturschutzgesetz festgelegt.

Aber wie heißt es so schön: „Wo kein Kläger, da kein Richter!“

Es wird allerhöchste Zeit, dass wir den Zustand unserer Natur beklagen. Wir fordern deshalb eine detaillierte Aufstellung aller Ausgleichsflächen der Stadt Rottenburg. Daraus muss ersichtlich sein:

- Wo befinden sich die zugehörige Ausgleichsfläche, -maßnahme?
- Wer (Stadt, Landwirt, Naturschutzverein, ...) bewirtschaftet die Fläche?
- Werden die dafür geltenden spe-

geprüft werden.

Der Ausgleichsbegriff ist bundesgesetzlich vorgegeben. Die Ausgleichspflicht ist zwingendes Recht. Es besteht kein „Auswahlrecht“ zwischen Ausgleichsmaßnahmen, Ersatzmaßnah-



Rottenburg
Stadt am Neckar

Gewerbepark Ergenzingen-Ost

Direkt an der B 28 a zwischen der Kernstadt Rottenburg und dem Stadtteil Ergenzingen befindet sich der Gewerbepark Ergenzingen-Ost. Seine Attraktivität gewinnt durch die unmittelbare Lage an der BAB 81. Verbindungen nach Freudenstadt, Rottweil und beispielsweise Nagold sind darüber hinaus durch die B 28 a und der K 6939 gegeben.

- ziellen Richtlinien eingehalten?
- Gibt es darüber Verträge, fließen Gelder?

men und Ausgleichsabgaben.

Ausgleichsmaßnahmen haben Vorrang (VGH Mannheim, NuR 1996, S. 147). Ausgleichsmaßnahmen beinhalten die Initiierung eines gleichartigen und gleichwertigen Ökosystems wie vor dem Eingriff, um die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild am Ort des Eingriffs zeitnah wiederherzustellen oder neu zu gestalten. Letzteres eröffnet die Möglichkeit, den Ausgleich nach den örtlichen Leitzielen für Natur und Landschaft auszurichten und festzulegen.

Den Ergenzingern wurde einst ein Gewerbegebiet zum Spaziergehen angepriesen. Wer es für möglich hält, dem sei ein Sonntagsspaziergang empfohlen, bei dem sich kaputte Bäume und von LKW versperrte Gehwege und einst beste Ackerflächen als vermülltes Gelände präsentieren.

Schöne neue Welt oder „Kein schöner Land“

Bei den Planungen zum Gewerbegebiet Flugfeld haben wir noch die Möglichkeit einzugreifen - für eine nachhaltige Entwicklung auf das Flugfeld zwischen Ergenzingen und Baisingen.

Marlene Fischer, Ergenzingen



- Aus welcher baurechtlichen Maßnahme (Straßenbau, Wohn- und Gewerbebau) erfolgt der Ausgleich?

- Wer kontrolliert wann? Auch das städtische Ökokonto (eine Art „Gedächtnis“ der Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen) sollte dringend

Deutscher Goldschatz wächst

Millionärssteuer statt Schuldenbremse

Nein, gemeint ist nicht der Goldschatz der Deutschen Bundesbank - der Goldschatz in deutschem Privatbesitz ist auf unvorstellbare 8.918 Tonnen (!) gestiegen, allein seit 2016 um 246 Tonnen. Dies berichtet das wirtschaftsfreundliche Handelsblatt (14.4.2019).

Diese Schatzhortung wurde möglich durch die Abschaffung der Vermögenssteuer, die kriminellen Cum-Ex-Praktiken und die Untätigkeit von Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Er hat jahrelang verhindert, dass diese Betrugereien über 33 Milliarden Euro, die zu Lasten der Staatskasse gingen, verfolgt wurden.

Weil die Wirtschaft jetzt „schwächelt“ und Olaf Scholz ein „Finanzloch“ von 23 Milliarden Euro bis 2023 befürchtet, sollen jetzt notwendige Investitionen in Schulen, Straßen und Schiene wieder verzögert werden.

Kretschmann (Grüne) lehnt gebührenfreie Kitas kategorisch ab, Edith Sitzmann (Grüne) entlässt Lehrkräfte in den unbezahlten Sommerurlaub und verweigert ausreichend neue Stellen an unseren Schulen. Der Bau von preiswerten Mietwohnungen wird verschleppt, Vonovia will fleißig Rendite machen. Deshalb predigt Sambeth (CDU), dass man in Rottenburg Privatinvestoren für ausreichend Wohnungen brauche. OB Neher hält die Raumflächen für den Anbau an die VHS für ein „Wunschkonzert“, obwohl die Stadt es in acht Planungssitzungen mit aufgestellt hat.

Statt wegen der Konjunkturschwäche kräftig zu investieren, wie es der Präsident des Dt. Instituts für Wirtschaftsforschung Marcel Fratzscher vorschlägt, wird jetzt auf die Schuldenbremse verwiesen. Nach der „Schwarzen Null“ soll sie als neoliberale Rechtfertigung dienen, Gelder für Daseinsvorsorge und Investitionen zu blockieren. Deutschland hätte kein Geld! Quatsch!

Nicht nur der private Goldschatz und die Rekordausschüttungen der Dax-Konzerne von 53 Milliarden Euro

dals zu den Ausschüttern mit den höchsten Dividenden. Denn hier findet mit der Spaltung der Belegschaften in Stamm-, Leiharbeiter und Werkverträger die schärfste Enteignung derer statt, die unseren gesellschaftlichen Reichtum produzieren.

In den USA wird längst über eine Steuer für Superreiche diskutiert. Stefan Bach, Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, hat diesen Vorschlag auf Deutschland angewandt. Die superreichsten 8.100 Haushalte, also die obersten 0,02 Prozent aller

Haushalte, besaßen bereits 2014 ein Netto-Gesamtvermögen von 1.100 Milliarden Euro (1,1 Billionen Euro). Wenn diese nur zwei Prozent Steuern

auf ein Vermögen oberhalb von 40 Millionen Euro zahlten, würde unser Staat 18 Milliarden Euro jährlich zusätzlich an Steuern einnehmen! Die Cassandra-Rufe nach weniger Staatseinnahmen erweisen sich als dummes Geschwätz, mit dem die Bereicherung der Parallelgesellschaft der Superreichen und die Enteignung der Beschäftigten und der Gesellschaft verschleiert werden sollen.

Gegen die wachsende soziale und politische Spaltung unserer Gesellschaft fordert **DIE LINKE** eine Millionärssteuer und einen Mindestlohn von 12 Euro.



Schuldenbremse

Auf Wunsch der Unternehmerverbände haben CDU, SPD, FDP und Grüne 2009 die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert (Art. 109, Abs.3). Sie sieht vor, dass ab 2016 die jährliche Nettokreditaufnahme des Bundes höchstens 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen darf. Für die Länder ist ab 2020 jegliche Nettokreditaufnahme verboten, für Kommunen besteht keinerlei Verpflichtung.

Scharfe Kritik an dieser Grundgesetzänderung übten der DGB, Ver.di, DIE LINKE und Professor Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung. Er betonte, dass die Staatsverschuldung ihre Ursache in den massiven Steuersenkungen für Reiche und Unternehmer hat und forderte eine Steuersenkungsbremse anstatt einer populistischen Schuldenbremse, die bei Krisen die Handlungsfähigkeit des Staates einschränkt. Inzwischen ist die Staatsschuldenquote wegen der Niedrigzinsen von über 82,5 Prozent (2013) auf 58,75 Prozent (2019) gesunken. Also kein Grund für Panikmache, Herr Scholz!

(2019) zeigen: Einige schwimmen im Geld und wissen gar nicht, wo Gewinnerwartungen noch hoch genug sind, um zu investieren. Nicht zufällig gehören Autokonzerne wie Daimler, BMW und VW trotz des Dieselskan-



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Wählen gehen für ein (anderes) Europa!

Sozial - demokratisch - solidarisch

Dieses Europa weckt keine Emotionen mehr - und wenn es doch Gefühle erzeugen sollte, dann sind sie geprägt von Skepsis und Ablehnung. Für Europa, das Europa dieser EU, brennt niemand, denn dieses Europa hat wenig an Anziehungskraft mehr zu bieten. Wenn Länder noch in diese EU streben, dann sind es wohl eher rein wirtschaftliche Gründe ohne fundamentale Überzeugung für diese Konstruktion.

Die Älteren erinnern sich noch, wenn nicht an die Kriegserfahrungen direkt, dann doch an die Nachkriegszeit und an den Traum eines friedlichen grenzenlosen Europas. Sie haben noch die Bilder der geknickten Grenzpfähle im Kopf, die ersten Schüleraustausche mit der französischen Partnerstadt und die Erkenntnis, dass die Franzosen gar nicht so schlimm sind, wie man vielleicht meinte

- und umgekehrt. Es entstanden Freundschaften zwischen Austauschschülern und deren späteren eigenen Familien - bis heute. Lokale Partnerschaften gestalten immer noch die freundschaftlichen Beziehung zwischen vielen europäischen Gemeinden. Die Hinweisschilder auf die Partnerstädte am Orteingang verweisen oft auf rege freundschaftliche Kontakte hin. Eine Erfolgsgeschichte!

Die Forderung „Nie wieder Krieg!“ wurde ein Stückchen Realität. Wer später die Gräberfelder von Verdun sah, konnte sich nicht mehr vorstellen, dass jemals der Hass zwischen den Völkern so groß gewesen sein konnte, dass man sich gegenseitig hinmetzelte.

Wenn vor den kommenden Wahlen zum europäischen Parlament sich jemand als überzeugter Europäer erweist, dann ist es wahrscheinlich die Erfahrung, dass Aussöhnung und Versöhnung möglich ist - ja, notwendig ist.

Die Idee eines friedlichen, gemeinsamen Europas von damals mit seinen Kriegs- und Nachkriegserfahrungen hat sich verändert. Wir brauchen nicht zu fragen, wer die europäische Idee verändert hat. Waren es Staaten, die nie von

„Europa“ überzeugt waren und die inzwischen zumindest (ehrlicher-weise) wieder ihren Austritt erwägen bzw. die ersten Schritte dazu getan haben? Es ist interessant, dass der Austritt Großbritanniens zwar eine Mehrheit gefunden hat - mit welchen falschen Informationen als Grundlage auch immer -, aber es gibt auch überzeugte und überzeugende Verfechter eines Verbleibs in der EU. So schlecht kann also die Veranstaltung „Europa“ doch nicht sein.

Vielleicht haben wir dieses Europa auch überfrachtet. Auf die Frage „Was sind Sie?“, die uns jemand mit einem Mikrofon in der Hand stellt, antworten wir wahrscheinlich nicht zuerst „Europäer“ sondern Rottenburger, Schwabe, Baden-Württemberger ... Deutscher. Wenn sich immer noch keine Zufriedenheit im Gesicht des Fragenden zeigt, sagen wir nach einer Denkpause - „Europäer“.

Entscheidungen im örtlichen Rathaus sind eher nachzuvollziehen als jene in Stuttgart, Berlin oder gar Straßburg, obwohl für uns Straßburg näher liegt als Berlin. Aber es geht nicht um die geografische Nähe oder Ferne. Es ist die Komplexität der Probleme, die es zu verstehen gilt. Wir können trotz guten Willens die Probleme von (noch) 28 Staaten schwer verstehen und das macht uns „Europa“ schwer verständlich.

Es ist viel von „Schicksalswahl für Europa“ zu lesen und zu hören. Ist es nur Angstmache, um uns an die Wahlurnen zu treiben? Ich glaube nicht, denn es gibt in vielen Staaten der EU Tendenzen einer Flucht in die Überschaubarkeit des nationalen Horizonts mit all seinem nationalistischen Götzens und Getue und einer „... First-Politik“. Die Gründe dafür sind vielfältig. Manchen Staaten hat „die EU“ böse mitgespielt, andere sahen ihre Erwartungen nicht erfüllt. In einigen Staaten hat sich ein „Gegen-Europa-

Danken“ und Handeln(!) etabliert, das Europa zu tiefst schadet. Aber gerade deshalb müssen wir - die Europa-Überzeugungstäter - zur Wahl gehen und andere davon überzeugen auch für ein soziales, friedliches und solidarisches Europa zu wählen.



Legen wir 1951, das Gründungsjahr der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch als Gründungsjahr der späteren Europäischen Union fest, sind über 65 Jahre vergangen. Der derzeitige Zustand der Union gibt keinen Anlass zur Zufriedenheit. All zu vieles wurden in diesem Zeitraum versäumt. Wenn die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Evelyne Gebhardt (SPD), auf dem Jahresempfang ihrer Partei in Reutlingen meinte, man müsse dafür Sorge tragen, „dass wir ein soziales Europa haben werden“, dann muss doch gefragt werden, wofür denn in der Vergangenheit Sorge getragen wurde. Aber gerade deshalb ist es wichtig den inneren „Feinden“ Europas etwas entgegenzusetzen. Ihre Sorge ist es nicht, ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa zu errichten. Sie wollen ihre Egoisten in einem von der EU finanzierten Freiraum ausleben.

**Soziale Politik
in die Rathäuser
und nach Europa.
DIE LINKE.**

Hüten wir uns vor Großmachtfantasien im wirtschaftlichen wie im militärischen Bereich. Auch europäische Zusammenarbeit in Form einer

Europa-Armee bringt nicht mehr Frieden, sondern nur Geld in die Kassen der Rüstungsgewinnler.

Es gehört eine große Portion Optimismus dazu, ein anderes Europa zu erwarten, aber tragen wir unseren Teil dazu bei:

Am 26. Mai **DIE LINKE** wählen.



Norbert Kern

Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Schnäppchenpreise

Wer least mir?

„Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“ sagt man und große Geschenke machen dicke Freunde, muss man ergänzen. Wie eng ist wohl die Freundschaft meines Regierungspräsidenten mit Audi?

Regierungspräsidenten repräsentieren ihren Regierungsbezirk und der von Herrn Klaus Tappeser (CDU) hat vieles zu bieten: den Bodensee, die Alb mit Nudelfabriken, ein Biosphärengebiet, innovative Fabriken, nette Leute ... und ... Und ... Herr Tappeser hat also etwas zu repräsentieren und dem entsprechend braucht er ein repräsentatives Autoteil, um von Tübingen aus sagen wir nach Wangen im Allgäu zu kommen. Das Flugschiff von Audi, ein A 8 aus Neckarsulm, könnte standesgemäß sein und genügend blechernes Prestige liefern. Luxus, wem Luxus gebührt! Es wäre doch zu kurios, wenn sich der hochgewachsene Regierungspräsident aus einem Kleinblechle, z.B. einem Smart winden müsste, wobei dabei seine Größe, besser: Länge, erst richtig zu Geltung käme.

Das mit dem A 8 hat aber ein Häkchen. Es gelten für personengebundene Dienstfahrzeuge Obergrenzen. Für Re-

gierungspräsidenten liegt sie bei knauserigen 33 200 Euro. Ein A 8 liegt bei rund 90 000 Euro. Was tun? - Kein Problem! Es lässt sich regeln.



Entspricht wohl weniger dem Rang eines Regierungspräsidenten

Für Behörden gelten branchenübliche Sonderkonditionen. Gehen wir von korrekter Handlungsweise aus, dann wurde Herrn Tappeser als Regierungspräsidenten eine Leasingrate von 332 Euro - der Obergrenze für Regierungspräsidentendienstwagen - eingeräumt. Mit einem schnellen Blick auf das Angebots einer Leasingfirma liegen für mich die Kosten bei knapp 1000 Euro. Hoppla!

So ein Regierungspräsident muss ein toller Werbeträger für Audi sein. Audi lässt es sich etwas kosten. Vielleicht

hat er unter seinem Revers aufgesteckt: „Ich fahre für AUDI.“ Wenn es passt, klappt er sein Revers um und wirbt für Audi.

Beim nächsten Autokauf werde ich auch nach Leasing-Sonderkonditionen fragen. Beim Kauf bzw. beim Leasing ein Nachlass von etwa 60 Prozent ist ein Angebot, dass ich mir nicht entgehen lassen sollte. Aber ich gehöre einem anderen Kundenkreis an, zu dem Kundenkreis, den VW mit einem Diesel Euro 5 betrogen hat.

Ach gerade fällt mir noch ein, dass Baden-Württemberg auch als Rüstungsländle firmiert. Gerade um den Bodensee herum wird fleißig an Rüstungsgütern gewerkelt. Da könnte der Regierungspräsident doch schon eher mit etwas gepanzertem, wenn auch nicht in NATO-oliv sondern in Nordlichtblau oder Phantomschwarz vorrattern. Irgend ein Panzerbauteil wird doch wohl auch aus seinem Regierungsbezirk kommen. Dieses Fahrzeug wäre sozusagen ein getarnter Audi A 8 L Security. Einen Panzer zu leasen dürfte nicht so schwer sein, denn es gibt auch Drohnen zu leasen.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpatz

Samstag, 4. Mai 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 8. Mai 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpatz

Samstag, 25. Mai 2019, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 29. Mai 2019, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)

Kontakt zu **linksjugend rotenburg:**

facebook.com/solid-rotenburg-a.N.

E-Mail: rotenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe: **Montag, 13. Mai 2019**

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

